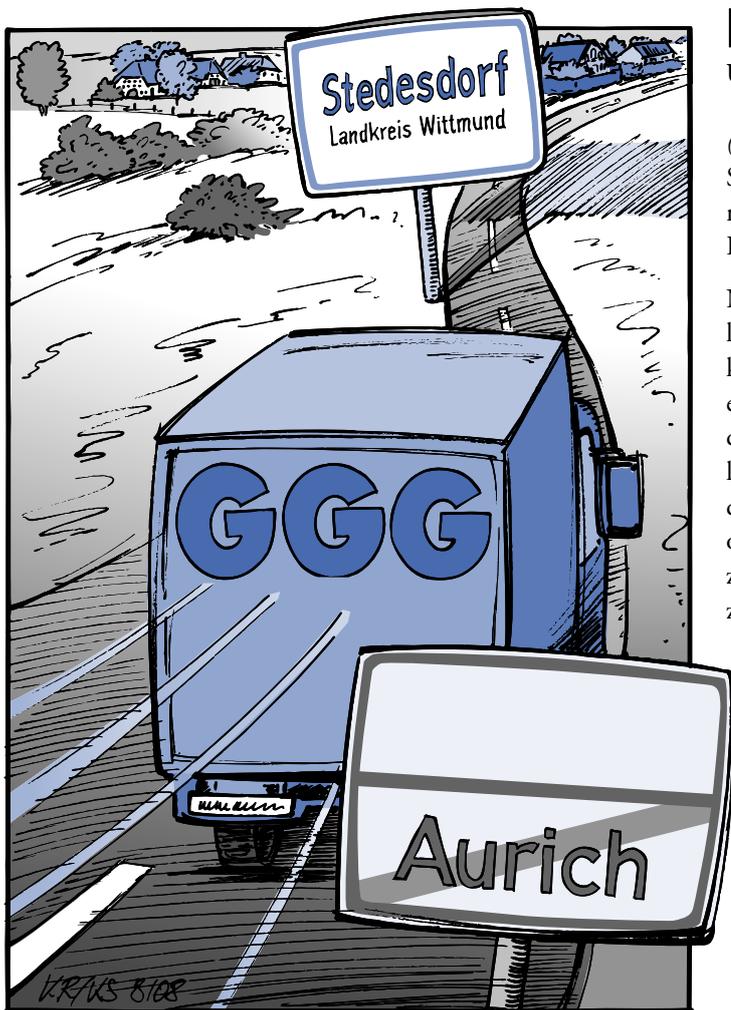


GGG

Gesamtschul-Kontakte

Vierteljahres-Zeitschrift der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband
31. (39.) Jahrgang · 1. September 2008 · H 2395 ISSN 1431-8075

Ausgabe 3/2008



Neue Bundesgeschäftsstelle

Umzug der **GGG** von Aurich nach Stedesdorf

(elh) Die Umzug der Bundesgeschäftsstelle von Aurich nach Stedesdorf ist abgeschlossen, seit dem 1. September 2008 ist die neue Geschäftsstelle in Betrieb. Am 12. September wird sie im Rahmen der Bundesvorstandssitzung „offiziell“ eingeweiht.

Nachdem in Aurich gesichtet und sortiert und in Stedesdorf die logistischen Vorbereitungen getroffen wurden, konnte mit tatkräftiger Unterstützung des BV am 21./22. August der Umzug erfolgen. Dr. Michael Hüttenberger ist als hauptamtlicher Bundesgeschäftsführer nun zuständig für alle organisatorischen Angelegenheiten des Vereins und Ansprechpartner für Mitglieder und die Landesverbände. Christel Schehr, die sich seit dem 1. Januar offiziell im (Un)Ruhestand befindet, wird ihn dabei noch bis zum Jahresende unterstützen, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten.

Michael Hüttenberger wird weiterhin für die Herstellung der Gesamtschulkontakte verantwortlich sein sowie ab 2009 die Betreuung des WEB-Auftrittes übernehmen. Als ordentliches Vorstandsmitglied (ohne Stimmrecht) bleibt er eingebunden in die inhaltliche Arbeit des Verbandes, beispielsweise die Vorbereitung des nächsten Bundeskongresses oder die Unterstützung der zahlreichen Initiativen zur Gründung von neuen Gesamt- und Gemeinschaftsschulen in den Bundesländern sowie die Unterstützung der beabsichtigten Gründung der GGG-Stiftung.

Seite 3

Aufruf zur Gründung einer Gesamtschulstiftung

Immer mehr Menschen wünschen sich ein Schulsystem, in dem alle SchülerInnen gleiche Bildungsaussichten haben. Um diesen Wunsch schneller erfüllen zu können, rufen Anne und Armin Ratzki und Ingrid Wenzler zur Gründung einer Stiftung auf.

Seite 3

Fachtagung und Mitgliederversammlung in Herford

„Klasseninterne Differenzierung – wie geht das?“ Diese Frage steht im Mittelpunkt der GGG-Fachtagung am 14./15. November in Herford. Von der Mitgliederversammlung soll die inhaltliche Positionierung der GGG in der Satzung verankert werden.

Seite 4 ff

Neue Serie: Organisationskizzen

Die neue Serie will die Organisationsbausteine einzelner Schulen als Katalog beschreiben, um Hinweise und Anregungen zu geben, wie Andere die „andere“ Schule machen. Zum Auftakt skizziert Lothar Sack das „Institut Beatenberg“ in der Schweiz.

Seite 8 ff

Wahrheiten und Missdeutungen

Erneut geistern Ergebnisse von empirischen Untersuchungen durchs Land, die aufhorchen lassen und erschrecken. Sie könnten früheren Erkenntnissen zu Nachdruck verhelfen und sogar zu besseren Lösungen führen, meint Ursula Helmke.

Seite 12 ff

Inhalt

GGG-Aktuell

Aufruf zur Gründung einer Gesamtschulstiftung	3
Einladung zur Fachtagung	4
Einladung zur Mitgliederversammlung	6
Beschlussvorschlag des HA	6
Diskussionsbeitrag aus Hessen	7
Vorstandsgespräch GGG – GEW	8

Serie Organisationskizzen

Einleitung	8
Schulskizze Institut Beatenberg	9

Thema

Neues von empirischen Studien	12
-------------------------------	----

Aus den Ländern

16

GGG Intern

Termine	19
---------	----

Kommentar

20

Impressum

Heft 3/2008 vom 1. September 2008
ISSN 1431-8075

Gesamtschul-Kontakte

31. (39.) Jahrgang

Herausgeber: Gemeinnützige Gesellschaft
Gesamtschule e.V. – Gesamtschulverband

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann, Dr. Klaus Winkel, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (presserechtlich verantwortlich)
Hauptstraße 8, 26427 Stedesdorf,
E-Mail: kontakte@ggg-bund.de

Vertrieb: GGG-Geschäftsstelle, Hauptstr. 8,
26427 Stedesdorf, Telefon: 04971/94668-0
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de

Die Gesamtschul-Kontakte erscheinen vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 14,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 4,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layout: Waso Koulis, Michael Hüttenberger
Illustration: Katja Rosenberg

Die nächste Ausgabe erscheint am: 1.12.2008
Redaktionsschluss: 20.10.2008

... vorab bemerkt



Liebe Gesamtschulfreunde und -freundinnen,

Es ist Anfang August, ein deutscher Sommer. Die Bundespolitik macht Pause, das Sommerloch wird von der SPD gefüllt. Der Clement-Rauswurf erregt die Gemüter, zum Parteiausschluss wird es nicht kommen, in der SPD wurden bislang nur diejenigen ausgeschlossen, die den Weg zur Mitte nicht mitgehen wollten. In Hessen wird es trotz massiver Anfeindungen einen letzten rot-rot-grünen Versuch geben, und für die Bayern-SPD wird dies als Begründung dafür erhalten, dass es die CSU wieder zur absoluten Mehrheit geschafft hat. Die verregnete Fußball-EM ist mit Lehmanns Rücktritt endgültig abgehakt, in Peking sind die Olympischen Spiele eröffnet, und alle Welt wird erfahren, dass Sport und Politik so wenig miteinander zu tun haben, wie die Höchstleistungen der chinesischen Gewichtheberinnen mit Doping und das Ausrufen der Bildungsrepublik Deutschland durch die Kanzlerin mit einem systemischen Umdenken in der deutschen Bildungspolitik. Oder doch? Dieser Frage geht Wolfgang Vogel in seinem Kommentar nach.

Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, diese Vorab-Bemerkungen vor sich haben, sind die Olympischen Spiele gerade, die EM längst und der Sommer zumindest meteorologisch vorbei. Die GGG ist in ihre neue Geschäftsstelle umgezogen, das neue Schuljahr überall in die Gänge gekommen. Die bildungspolitischen Veränderungen in den Ländern auch, wie z.B. in Hamburg. Darüber berichtet Jürgen Riekman ausführlich auf den Länderseiten, ergänzt von weiteren Länderberichten und einer Stellungnahme zur „Aufhebung“ des niedersächsischen Gesamtschulgründungsverbots.

Ursula Helmke lässt sich von den seit Anfang dieses Jahres wieder herumgeis-

ternden Forschungsergebnissen aus empirischen Untersuchungen nicht erschrecken und geht der Frage nach, ob sie alte Grabenkämpfer wieder auf den Plan rufen oder den bekannten, manchmal bitteren Erkenntnissen zu Nachdruck und Vertiefung verhelfen und damit zu besseren Lösungen führen könnten.

Mit der „Organisationskizze“ zum Institut Beatenberg eröffnet Lothar Sack eine neue Serie, über deren Brauchbarkeit es im Redaktionsteam unterschiedliche Auffassungen gibt. Auf Rückmeldungen sind wir deshalb gespannt. Und natürlich nehmen die bevorstehende Tagung in Herford und die sich anschließende GGG-Mitgliederversammlung den ihnen gebührenden Platz in diesem Heft ein.

Ganz besonders am Herzen liegt mir der Aufruf zur Gründung einer Gesamtschul-Stiftung. Im Namen des Bundesvorstands bedanke ich mich herzlich bei den InitiatorInnen, sage jedwede Unterstützung zu und hoffe im gemeinsamen Anliegen unseres Verbandes auf viele Mitzeichner.

Alle Beiträge dieser Ausgabe der Gesamtschul-Kontakte gibt es natürlich wiederum im Internet (unter www.ggg-bund.de und www.gesamtschulverband.de als pdf-Format, die Möglichkeit zum „downloaden“ inbegriffen.

Und nun, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich Ihnen allen eine informative Spätsommerlektüre und hoffe, vielen von Ihnen im Herforder Herbst persönlich zu begegnen.

Ihr

Michael Hüttenberger

Aufruf zur Gründung einer Gesamtschulstiftung

In die Gesamtschuldiskussion ist Bewegung gekommen. Immer mehr Menschen und Organisationen haben verstanden, dass das vielgliedrige Schulsystem Kinder benachteiligt und gegenüber den Anforderungen einer sich wandelnden Welt versagt.

Immer mehr Menschen und Organisationen wünschen deshalb, das obsoletere Schulsystem durch ein demokratisches Schulsystem zu ersetzen, in dem alle SchülerInnen gleiche Bildungsaussichten haben und nach ihren Möglichkeiten optimal gefördert werden, wie es zum Beispiel die integrierten Gesamtschulen gewährleisten. Zumindest wollen sie erreichen, dass alle angemeldeten Kinder eine solche Schule besuchen können. Die Gegner der Gesamtschule geraten immer stärker unter politischen Druck. Dennoch geht es nur zögernd voran, Gesamtschulgründungen werden erschwert und verhindert.

Deshalb gilt es, den Druck zu erhöhen.

Dazu braucht man Geld. Man braucht mehr Geld, als im Etat der GGG erübrigt werden kann.

Auch für Maßnahmen zur Förderung von Gesamtschulen sind Geldmittel erforderlich, die über die satzungsgemäße Verwendung der GGG-Haushaltsmittel hinausgehen. So haben sich in mehreren Bundesländern zahlreiche Initiativen mit dem Ziel gebildet, eine neue Gesamtschule zu erreichen. Diese könnten unterstützt werden. Auch wäre zum Beispiel daran zu denken, sich am Kostenrisiko zu beteiligen, wenn jemand erwägt, gerichtliche Hilfe nachzusuchen.

Deswegen wollen wir eine steuerbegünstigte Stiftung gründen, die Gesamtschulstiftung. Ihr Zweck ist die Förderung von Errichtung und Entwicklung von Gesamtschulen.

Wir, das sind zunächst die drei Unterzeichnenden dieser Ankündigung. Wir hoffen allerdings, dass wir noch weitere Gesamtschulfreunde und –freundinnen finden, die als Stifter eintreten und das heißt, 5000 Euro oder mehr ihres Vermögens für diese Zwecke zur Verfügung stellen und in die Stiftung einbringen. Die Erträge dieses Stiftungsvermögens sollen entsprechend dem genannten Zweck der Stiftung verwendet werden. Darüber hinaus wird die Stiftung versuchen, ihr Vermögen durch sogenannte „Zustiftungen“ (kleinerer Beträge) zu erhöhen und um Spenden für Einzelaktionen zu werben.

Wir halten den jetzigen Zeitpunkt für richtig für die Gründung der Stiftung. Nicht nur gilt es die Tatsache zu nutzen, dass die Dinge in Bewegung gekommen sind. Wir wollen während unserer Lebenszeit unser Geld für einen sinnvollen Zweck einsetzen und arbeiten sehen. Gemeinsam mit den übrigen Stiftern haben wir dann auch die Möglichkeit, auftretende Probleme zu beheben und die Arbeitsweise der Stiftung zu optimieren.

Wie soll es weitergehen und wie kann man Stifter werden? Wir bitten alle LeserInnen, die einen Beitritt als Stifter mit 5.000 Euro oder mehr oder als Zustifter mit einem geringeren Betrag ernsthaft erwägen, sich bei einem von uns zu melden. Wir werden den Text über das Stiftungsgeschäft und die Stiftungssatzung herstellen, in der Form, wie sie der Genehmigungsbehörde und dem Finanzamt vorgelegt werden sollen. Darin ist auch ein Vorschlag zur Verknüpfung der Arbeit der Stiftung mit der GGG enthalten. Diese Entwürfe erhalten die möglichen Stifter zur Einsicht und zur Stellungnahme. Im Rahmen der GGG-Mitgliederversammlung in Herford am 15. November 2008 werden wir – in Abstimmung mit dem

Bundesvorstand der GGG - die Stifter zu einer Gründungsversammlung einladen. Wer eine Verpflichtungserklärung abgibt, wird den vorgesehenen Betrag auf das Stiftungskonto einzahlen, sobald die Stiftung genehmigt worden ist. Diese Verpflichtungserklärungen müssen dem Genehmigungsantrag beigelegt werden.

Wir hoffen, zeitnah eine zahlungskräftige Stiftung für die Förderung der Errichtung und Entwicklung von Gesamtschulen errichten zu können! ♦

Anne Ratzki und Armin Ratzki:
AnnRat@aol.com
 Ingrid Wenzler: iwenzler@web.de

Hier ist die **GGG**
 ab sofort erreichbar:



GGG-Bundesgeschäftsstelle
 Dr. Michael Hüttenberger
 Hauptstraße 8
 26427 Stedesdorf
 Fon: +49-4971-94668-0
 Fax: +49-4971-94668-1
 Mail: ggg-bund@ewetel.net
 Web: www.ggg-bund.de

Bankverbindung:
 Sparkasse LeerWittmund
 BLZ 285 500 00
 KontoNr.: 40001927

Einladung zur Fachtagung

Schulleitungsmitglieder und Fachlehrkräfte aller Differenzierungsfächer an Gesamtschulen sind herzlich zu folgender Veranstaltung der GGG eingeladen:

Klasseninterne Differenzierung – wie geht das?

Erfahrungen und Perspektiven

*Arbeitstagung und Fortbildungsveranstaltung
zu Alternativen zur äußeren Fachleistungsdifferenzierung*

**vom 14. November 2008, 12.00 Uhr, bis 15. November 2008, 14.30 Uhr
in der Gesamtschule Friedenstal, Salzufler Straße 129, 32052 Herford**

gesamtschule.friedenstal.hf@t-online.de
www.gesamtschule-friedenstal.de

Das Tagungsprogramm

Freitag, 14. November 2008		
12:00 - 12:30	Eröffnung der Tagung	Alexander Scheck, Schulleiter der Gesamtschule Friedenstal Lothar Sack, Bundesvorsitzender der GGG
12:30 - 13:30	Referat	Birgit Xylander, Gesamtschule Winterhude „Die Individualität des Lernens und wie wir versuchen, ihr gerecht zu werden“
14:00 - 14:20 14:30 - 14:50 15:00 - 15:20 15:30 - 15:50	Präsentationen	Gesamtschulen stellen ihr Konzept vor, wie sie „anders“ mit der äußeren Fachleistungsdifferenzierung umgehen. Die Teilnehmer erhalten Gelegenheit, sich einen Eindruck über die Konzepte von bis zu vier Schulen zu verschaffen. Die vorgestellten Konzepte werden anschließend in den Workshops vertieft.
	Kaffeepause	
16:20 - 18:20	Workshops I	s. Liste
18:20 - 19:00		Gelegenheit zum Essen in der Schule
Ab 19:00	Treffen	Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen in angenehmer Atmosphäre
Sonnabend, 15. November 2008		
9:00 - 11:00	Workshops II	s. Liste
11:20 - 12:00	„Plenum“	TeilnehmerInnen aus jedem Workshop stellen einander in Kleingruppen ihre persönlichen Highlights aus ihrem Workshop vor.
12:00 - 13:00		Gelegenheit zum Essen in der Schule
13:00 - 14:00	Vortrag	Ulrich Hecker, Stellvertretender Bundesvorsitzender des Grundschulverbandes: „SchülerInnen – Objekte von Unterricht oder Subjekte ihres Lernprozesses“?
14:00 - 14:30	Diskussion	
	Kaffeepause	
15:00 - 18:00	Mitgliederversammlung der GGG	

Folgende Gesamtschulen, die über mehrjährige Erfahrungen mit klasseninterner Differenzierung verfügen, haben bereits fest zugesagt, ihre Konzepte zu präsentieren und Workshops anzubieten:

Workshops	
Deutsch	Gesamtschule Friedenstal, Herford, NRW Laborschule Bielefeld, NRW
Englisch	Geschwister-Scholl-Gesamtschule, Remscheid, NRW Gesamtschule Friedenstal, Herford, NRW
Mathematik	Janusz-Korczak-Gesamtschule Gütersloh, NRW
Biologie	Ida-Ehre-Gesamtschule, Hamburg
Organisatorische Umsetzung	Max-Brauer-Gesamtschule, Hamburg
Fremdsprachen	Reformschule Winterhude, Hamburg
Deutsch und Naturwissenschaften	IGS Braunschweig-Querum, Niedersachsen
Alle Differenzierungsfächer	ModeratorInnen des EU-Mail-Projektes, Forum Eltern und Schule, NRW

Mit weiteren Gesamtschulen (angefragt) aus Berlin und Hessen werden Erfahrungen aus bis zu fünf Bundesländern präsentiert werden können.

Ab 1. Oktober werden die konkreten Themen der Workshops unter www.ggg-bund.de abrufbar sein.

Neben der Fortbildungsfunktion ist es ein Ziel der Tagung, die Unterstützungswünsche der Kollegen und Kolleginnen für ihre Arbeit ohne äußere Fachleistungsdifferenzierung zu erfahren und Netzwerke zu stiften. Der AK KMK der GGG wird sich der Umsetzung dieser Aufgabe annehmen.

Die Tagung wird bei den Kultusministerien als Fortbildungsveranstaltung angemeldet.

Die **Anmeldung** zur Tagung erfolgt durch Überweisung des Teilnehmerbeitrages auf das Konto der GGG Nr. 40001927 bei der Sparkasse LeerWittmund (BLZ: 285 500 00) Stichwort: Tagung Herford. Bitte den Namen vollständig und gut lesbar eintragen.

Teilnehmerbeitrag:

– Nichtmitglieder: 60,- EUR

(Sie haben Gelegenheit auf der Tagung Mitglied zu werden und zahlen dann ebenfalls lediglich 30 EUR.)

– Mitglieder der GGG: 30,- EUR .

Bis zu drei Kollegen und Kolleginnen von Gesamtschulen, die korporative Mitglieder der GGG sind, können ebenfalls zum Mitgliederpreis von 30,- EUR teilnehmen.

Die Mitglieder der GGG sind herzlich eingeladen, an der anschließenden Mitgliederversammlung der GGG in der Tagungsschule teilzunehmen.

Unterkunft ist sowohl in Herforder wie auch in Bielefelder Hotels möglich und selbst zu organisieren.

Auskunft zu privaten Übernachtungsmöglichkeiten erteilt unser Kollege Rainald Könings, Anfragen per E-Mail an familie.koenings@t-online.de.

Besuchen Sie uns
auch im Internet!



www.ggg-bund.de

Einladung zur GGG- Mitgliederversammlung 2008

am Samstag, 15. November 2008, 15 - 18 Uhr

in der Gesamtschule Friedenstal, Salzufler Straße 129, 32052 Herford

Tagesordnung

1. Wahl der Versammlungsleitung und der Mandatsprüfungskommission
2. Bestellung der Protokollant(inn)en
3. Genehmigung / Änderung der Tagesordnung
4. Genehmigung / Änderung des Protokolls der MV 2007
5. Bericht des Bundesvorstandes
6. Kassenbericht 2007
7. Revisionsbericht 2007
8. Aussprache zu den Berichten
9. Aussprache zum Haushaltsplan 2008 und zur Finanzentwicklung
10. Entlastung des Bundesvorstandes
11. Positionsbestimmung der GGG und Antrag auf Satzungsänderung – Beschlussfassung gemäß Antrag des HA – abgedruckt in Gesamtschul-Kontakte 2 + 3/2008
12. Anträge (Antragsschluss: 31.10.2008)
13. Verschiedenes

Beschlussvorschlag des HA vom 07. – 08.03.2008 in Unna

für die GGG-Mitgliederversammlung im November 2008

Grundsatzposition:

Die GGG setzt sich dafür ein,

dass Menschen- und Kinderrechte insbesondere auf Bildung für jedes Kind und jede(n) Jugendliche(n) eingelöst werden.

Die GGG setzt sich dafür ein,

dass jedes Kind und jede(r) Jugendliche gleiche Bildungschancen und insbesondere ungehinderten Zugang zu jeder Form schulischer Bildung hat, unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, Weltanschauung oder Geschlecht.

Die GGG setzt sich dafür ein,

dass jedes Kind und jede(r) Jugendliche in der Schule die Anerkennung und Förderung erhält, die das Erreichen eines bestmöglichen Bildungsstandes gewährleistet, der die Anschlussfähigkeit für die weiterführenden Bildungsgänge sicherstellt. Das schließt das Erreichen eines bestmöglichen Schulabschlusses ein.

Die GGG setzt sich dafür ein,

dass alle Kinder und Jugendlichen eine gemeinsame Schule – die Schule für alle – bis zum Ende ihrer Schulpflicht

besuchen. Sie setzt sich insbesondere dafür ein, dass das selektiv gegliederte Schulsystem auch in Deutschland überwunden wird.

Die angestrebte Schule für alle orientiert sich an folgenden Merkmalen:

- Alle Kinder und Jugendliche sind willkommen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihren Fähigkeiten, unabhängig von Beeinträchtigungen und besonderen Potenzialen. Jede(r) erfährt Respekt, niemand wird beschämt oder ausgesondert.
- Alle an der Schule Beteiligten gestalten sie als Lern- und Lebensort aktiv und verantwortlich. Die Schule nutzt ihre Ressourcen autonom.
- Die Schülerinnen und Schüler gestalten ihren Lernprozess eigenverantwortlich. Jede Schule trägt die Verantwortung, jede Schülerin und jeden Schüler dazu zu befähigen.
- Heterogene Lerngruppen sind der Normalfall. Alle Kinder und Jugendlichen einschließlich derer mit Beeinträchtigungen

oder mit besonderen Potenzialen lernen gemeinsam. Es wird nicht erwartet, dass alle in gleicher Zeit das Gleiche lernen.

- Schülerinnen und Schüler werden als Subjekte ihrer Lernprozesse gesehen, nicht als Objekte des Unterrichts. Die Individualität ihres Lernprozesses wird respektiert, individuelle Interessen und Fähigkeiten werden gefördert. Die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler zum selbstorganisierten individuellen und gemeinsamen Lernen werden gestärkt.
 - In und mit der Schule arbeiten Menschen unterschiedlicher Professionen und Kulturen zusammen. Sie stellen das erfolgreiche Lernen aller ihrer Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Die Schule arbeitet als lernende Organisation. Dies erfordert Teamarbeit, ständige Fortbildung und Qualitätsentwicklung.
 - Die Schule ist Ganztagschule. Der Tagesablauf wird den Lebens- und Lernbedürfnissen der Schülerinnen und Schüler entsprechend rhythmisiert. Selbstbestimmtes Lernen und demokratisches Schulleben erhalten Zeit und Raum.
 - Die Schule öffnet sich. Sie beteiligt Experten von außen und übernimmt Aufgaben im sozialen Umfeld der Schule. Die GGG unterstützt alle Bemühungen und Schritte, die Schule für alle zu befördern, neue derartige Schulen einzurichten und ihre Zusammenarbeit zu fördern. Sie unterstützt bestehende Schulen des gegliederten Systems bei ihrer Umwandlung.
- Die GGG will insbesondere
- die öffentliche Diskussion um die Schule für alle fördern und versachlichen,
 - die an Schule Beteiligten mit Fragen der Schule für alle vertraut machen und so zur Bildung von Lehrkräften und anderen pädagogisch Tätigen beitragen,
 - Gesetzgebern, Kultusverwaltungen, Schulträgern und Initiativen Vorschläge machen und Hilfe bei der Gründung und Organisation von Schulen für alle bieten,
 - die Forschung und Lehre in allen Fragen anregen, die die Schule für alle betreffen.

Vorschlag für die Satzungsänderung:

§ 1 Name, Sitz und Zweck der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft führt den Namen „GGG - Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule – Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.“

(2) ... (bleibt)

(3)

1. Die GGG setzt sich dafür ein, dass Menschen- und Kinderrechte insbesondere auf Bildung für jedes Kind und jede(n) Jugendliche(n) eingelöst werden.

2. Die GGG setzt sich dafür ein, dass jedes Kind und jede(r) Jugendliche gleiche Bildungschancen und insbesondere ungehinderten Zugang zu jeder Form schulischer Bildung hat, unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, Weltanschauung oder Geschlecht.

3. Die GGG setzt sich dafür ein, dass jedes Kind und jede(r) Jugendliche in der Schule

die Anerkennung und Förderung erhält, die das Erreichen eines bestmöglichen Bildungsstandes gewährleistet, der die Anschlussfähigkeit für die weiterführenden Bildungsgänge sicherstellt. Das schließt das Erreichen eines bestmöglichen Schulabschlusses ein.

4. Die GGG setzt sich dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen eine gemeinsame Schule – die Schule für alle – bis zum Ende ihrer Schulpflicht besuchen. Sie setzt sich insbesondere dafür ein, dass das selektiv gegliederte Schulsystem auch in Deutschland überwunden wird.

5. Die GGG unterstützt alle Bemühungen und Schritte, die Schule für alle zu befördern, neue derartige Schulen einzurichten und ihre Zusammenarbeit zu fördern. Sie unterstützt bestehende Schulen des gegliederten Systems bei ihrer Umwandlung.

6. Die GGG will insbesondere

- die öffentliche Diskussion um die Schule für alle fördern und versachlichen,
- die an Schule Beteiligten mit Fragen der Schule für alle vertraut machen und so zur Bildung von Lehrkräften und anderen pädagogisch Tätigen beitragen,
- Gesetzgebern, Kultusverwaltungen, Schulträgern und Initiativen Vorschläge machen und Hilfe bei der Gründung und Organisation von Schulen für alle bieten,
- die Forschung und Lehre in allen Fragen anregen, die die Schule für alle betreffen.

§ 7 Mitgliederversammlung

(1)a) bleibt

b) ... „Zeitschrift „GESAMTSCHUL-KONTAKTE“ wird ersetzt durch Verbandszeitschrift.“



Diskussionsbeitrag aus Hessen

Der Diskussionsentwurf zur Positionierung der GGG in Hinblick auf eine notwendige Änderung der bestehenden Schullandschaft in Richtung einer „Gemeinschaftsschule“ regte den Landesvorstand der hessischen GGG während seiner Klausurtagung am 06./07. Juli 2007 in Hetschbach / Odenwald zu folgendem Beitrag an.

Schulen, die sich auf den Weg machen „eine Schule für alle“ sein zu wollen, brauchen zweifelsohne Kriterien, die beschreiben, was dazu gehört. Diesen Entwurf beschrieb Lothar Sack in den Kontakten / Heft 2 / 2007.

Wir nahmen diese Kriterien zum Anlass darüber nachzudenken wie konkrete Schritte einer Schule – bei Neugründung, Veränderung oder Umwandlung – aussehen können um eine Schule für alle zu werden. Neben Kriterien werden auch Indikatoren benötigt, die beschreiben wie das Kriterium in der Wirklichkeit des Schulalltags realisiert und sichtbar wird. Diese Indikatoren müssen mit bestimmten Instrumenten zu messen sein.

Basierend auf den Kriterien des Entwurfs für „eine Schule für alle“ haben wir uns ein Kriterium ausgewählt, um Indikatoren zu finden und mögliche Instrumente zu beschreiben. Dabei ließen wir zunächst außer Acht, ob uns der vorläufige Kriterienkatalog vollständig und umfassend genug erschien.

Das Kriterium **„Die Schule unterstützt selbstständiges, eigenverantwortliches Lernen der Schüler“** wurde von uns u.a. auch deshalb gewählt, da sich die hessische GGG in den zurückliegenden zwei, drei Jahren verstärkt mit der Kompetenzorientierung befasst hat.

Indikatoren:

- Es gibt ein schriftlich ausformuliertes Konzept zur Vermittlung von Lernstrategien.
- Dieses Konzept ist mit Lehrern, Schülern und Eltern kommuniziert und akzeptiert.
- Die Vermittlung von Lernstrategien ist fach- und themenbezogen formuliert.
- Das Konzept zeigt sich in den Jahresarbeitsplänen.
- Das Konzept enthält zunehmend Phasen von Selbstevaluation und Metakommunikation über das Lernen

- In allem Unterricht gibt es fest ausgewiesene Zeiten für selbstständiges Lernen.
- Im Wochen-Stundenplan gibt es fest ausgewiesene Zeiten für individuelles Arbeiten (Förderpläne).
- In der Schule gibt es vielfältige und viele Materialien zum selbstständigen Arbeiten.
- Es gibt genügend Materialien, die eine selbstständige Überprüfung von Ergebnissen ermöglichen.
- Diese Materialien sind für die Schüler jederzeit verfügbar.
- Jeder Schüler hat einen Arbeitsplatz in der Schule.
- Es gibt ein jedem Schüler bekanntes und akzeptiertes Hilfe-System (Nachschlagen, Mitschüler um Hilfe ersuchen, Lehrerunterstützung).
- Lehrer und Schüler geben beim Lernen aufbauendes, institutionalisiertes Feedback (die Schule entwickelt eine veränderte Lernkultur – Fehler werden als Lernchance begriffen).
- Die Lehrer verfügen über Kenntnisse zu Methoden des selbstständigen Lernens und Strategien diese anzuwenden.
- Die Schüler haben eine Orientierung darüber was und in welcher Qualität sie lernen sollen.
- Die Schüler kennen verschiedene Lernstrategien und Lerntypen.
- Es gibt schuleinheitliche Regeln und Rituale für selbstständiges Lernen, die allen bekannt sind und eingehalten werden.

Instrumente, mit denen die Indikatoren gemessen werden können sind z.B. die Dokumentenanalyse. Für andere Kriterien erscheinen Dokumentenanalyse und Fragebogen sinnvolle Instrumente zu sein. Wiederum andere Bereiche lassen sich durch Beobachtung und Fragebogen oder auch durch Beobachtung, Fragebogen, Interviews mit Lehrern, Schülern, Eltern evaluieren.

Die aufgeführten Indikatoren und Instrumente verstehen wir ebenso wie Lothar Sack im Artikel „Gemeinschaftsschule & Co“ ausführlich, als ersten Entwurf und Diskussionsgrundlage für weitere Überlegungen der GGG.

Gabi Zimmer

Vorstandsgespräch GGG – GEW

(*wv*) Am 14. Juli trafen sich im Parlamentarisches Verbindungsbüro der GEW in Berlin Bundesvorstandsmitglieder von GGG und GEW zu einem zweistündigen Gespräch über die Situation der Bildungspolitik in der Bundesrepublik. Dabei wurde weitgehende Übereinstimmung der Grundsatzpositionen festgestellt und vereinbart, die Tradition der „Gesamtschulgespräche“ im Jahr 2010 (im kongressfreien Jahr) wieder aufzunehmen und sich bei Bedarf auch spontan in Verbindung zu setzen und auszutauschen.



Im Bild von rechts: Ulrich Thöne und Marianne Demmer (GEW), Lothar Sack, Michael Hüttenberger und Wolfgang Vogel (GGG). Am Gespräch nahm außerdem Ulrike Kaidas-Andresen (GGG) teil, die dieses Foto „schoss“.

SERIE Organisationskizzen

Die Weiterentwicklung von Schulen bedarf des Austausches von Ideen und Erfahrungen. Der Blick über den Tellerrand der eigenen Schule gibt Anregungen, kann viel Entwicklungsarbeit ersparen, dient aber auch der eigenen Vergewisserung und kann auf vielfältige Weise geschehen: als reale Begegnungen (Vernetzung, Besuche) oder mediale Begegnung (Bücher, Video/DVD, Berichte, Internet). Alle diese Formen der Weitergabe und des Austausches von Informationen haben ihre spezifische Aufgabe und Berechtigung.

Die GGG hat in der Vergangenheit diesen Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen Schulen im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt und wird dies auch weiterhin tun. So werden vom fesch – der Fortbildungseinrichtung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen – Bildungsreisen nach Finnland, Schweden und Norwegen organisiert; der Landesverband Hessen führt Fahrten nach Beatenberg durch. Und in den GGG-Kontakten sind regelmäßig Berichte über Schulen und ihre Arbeit zu finden.

Was es nicht (durchgängig) gibt, ist eine kurze, übersichtliche (durchaus nüchterne) Beschreibung der organisatorischen Regelungen und Hilfsmittel von Schulen, von deren Zusammenwirken und intentionsgemäßer Handhabung der Erfolg einer Schule abhängt. Sinn der in diesem Heft beginnenden Artikelreihe „Organisationskizzen“ ist es nicht, (in erster Linie) durch Schilderung gelungener Beispiele für die eigene Schulentwicklungsarbeit zu begeistern und aufgeschlossen zu machen; wir sind überzeugt, dass viele von der Notwendigkeit der Umorientierung und Weiterentwicklung ihrer Schule längst überzeugt sind, die „andere“ Schule wollen, aber nach begehren Wegen suchen. Hier wollen wir ansetzen: Die neue Artikelserie will die Organisationsbausteine einzelner Schule gewissermaßen als Katalog beschreiben, um Hinweise und Anregungen zu geben, um die „andere“ Schule zu machen. Wenn man im „Katalog“ fündig wird, muss man sich noch genauer informieren, gewissermaßen bestellen. Dabei wird in den seltensten

Fällen eine Übernahme (im Sinne einer Kopie) von Organisations-Bausteinen erfolgen, sondern eher eine Adaption an die je spezifische Situation der eigenen Schule erfolgen.

Die Idee für eine solche Darstellung kam bei einem Besuch in Beatenberg, das mit einer großen Zahl solcher Organisations-Bausteine aufwartet, die in ihrer Kombination zu einer vom Herkömmlichen stark abweichenden neuen Praxis führen. Mit der Organisationskizze Beatenberg fangen wir die Reihe an.

Im Redaktionsteam bestand keine Einigkeit darüber, ob eine derartige Darstellung denn sinnvoll sei und die Bedürfnisse vor Ort trifft. Deshalb sind wir in besonderer Weise an Rückmeldungen unserer Leser interessiert. Berichten Sie uns Ihre Kritik, aber auch Verbesserungsideen, damit sich ein eventuell erfolgreiches neues Berichtsformat entwickeln kann. Stellen Sie sich auf zumindest drei Folgen ein. Wir werden dann über die Fortsetzung entscheiden.

Lothar Sack

Schulskizze Institut Beatenberg

Schwerpunkte: Respektierung der Individualität des Lernens, selbstgesteuertes und selbstverantwortetes Lernen mit Hilfe von Kompetenzrastern

von Lothar Sack

Beschreibung der Schule

Adresse: Institut Beatenberg, Waldegg, CH-3803 Beatenberg, Tel. +41 33 84181, e-Post: info@institut-beatenberg.ch, web: www.institut-beatenberg.ch

Ansprechpartner: Andreas Müller (Gesamtleiter), Thomas Herren (Schulleiter)

Art: private Internatsschule, die in der Rechtsform der Aktiengesellschaft betrieben wird.

Lage: Die Schule besteht aus zwei Gebäudekomplexen (Bärnermutz und Talblick), die etwa einen Kilometer voneinander entfernt sind. Die Schüler müssen diese Entfernung mitunter mehrmals am Tag zurücklegen. Die Gebäude liegen in Waldegg, einem Teil der Dorfes Beatenberg. Das Dorf selbst liegt langgestreckt auf ca. 1200m Höhe am Südhang des Aaretals, oberhalb des Thuner Sees im Berner Oberland. Die nächste Stadt ist Interlaken. Vom Dorf blickt man auf die Bergmassive von Eiger, Mönch und Jungfrau.

Größe: Anzahl Schüler: 65, Anzahl Personal: 18 (einschließlich Küchenpersonal, Hausmeister und stundenweise beschäftigten Betreuern; insgesamt 8 Lerncoaches)

Schülerschaft: Das Institut Beatenberg nimmt Schüler/innen aus allen Kantonen der (vorwiegend deutschsprachigen) Schweiz auf, in Einzelfällen auch aus Deutschland. Ein Teil der Schüler/innen ist in bisher besuchten „Normalschulen“ auffällig geworden durch (zu) geringen Lernerfolg oder durch problematisches Verhalten. In der Schule befinden sich Schüler von 11 bis 18 Jahren, was etwa den Klassenstufen 5 – 10 entspricht.

Leitideen

Die Schule

- beachtet in konsequenter Weise die Individualität und Eigenständigkeit des Lernens eines/r jeden Schüler/s/in. Niemand wird beschämt oder herabgewürdigt, das Vertrauen in die eigene

Lern- und Leistungsfähigkeit wird gestärkt, Lernfortschritte als Erfolge erlebt und es werden keine ‚Fallen gestellt‘.

- sorgt durch Schaffung und Pflege eines angenehmen Ambientes sowie Aufstellung und Beachtung entsprechender Regeln und Grundsätze einen Lebensraum zum Wohlfühlen und ein positives Lernklima:
 - Einer spricht! – Jedes Ding an seinen Ort! – Sprich mit den Menschen, nicht über sie! – Abmachungen werden eingehalten! – Wer dabei ist, ist (mit) verantwortlich! – Ich trage Sorge zu Menschen und Dingen.
- schließt Schüler/innen sofort aus bei physischer oder psychischer Gewalt, bei Rauchen, Drogen, Alkohol, bei Diebstahl und anderen Delikten

Bausteine

Strukturplan: Das Schuljahr wird in Trimester eingeteilt. Dem Wochenablauf liegt der „Strukturplan“ genannte Stundenplan zu Grunde. Im Strukturplan ist die zeitliche Anordnung der verschiedenen Lernaktivitäten der Schüler festgelegt.

Lernteam: Der größte Teil der Lernzeit sind die Schüler im „Lernteam“. Dies ist eine heterogen zusammengesetzte Gruppe von bis zu 15 Schülern, die von zwei Lerncoaches (Lehrer) betreut und beraten werden. Im Lernteam hat jeder Schüler seinen individuellen Arbeitsplatz (s. Lernbaustelle). Im Lernteambereich befinden sich neben den Arbeitsplätzen der Schüler die Arbeitsplätze der zugeordneten Lerncoaches, außerdem sind pro Lernteam fünf ans Internet angeschlossene PCs verfügbar. Den größten Teil der wöchentlichen Lernzeit arbeiten die Schüler weitestgehend selbständig im Lernteam. Neben der von den Schülern selbständig gestalteten Zeit sind im Strukturplan Zeiten für bestimmte Lernteamaktivitäten festgelegt (Briefing, Prüfungsvorbereitung, Portfolioarbeit, Bilanz, Checkout, Pendenzen, Präsentationen). Der Lernteambereich gilt als Flüsterrzone; wenn Schüler miteinander oder mit

ihrem Lerncoach ausführlichere Gespräche zu führen haben oder etwas einstudieren, verlassen sie den Lernteambereich und suchen selbständig einen anderen Raum auf, in dem andere nicht gestört werden.

Intensivtraining, Lernatelier: Intensivtrainings sind Instruktionsphasen, in denen Schüler, die sich in ihrem Lernprozess an ähnlicher Stelle befinden, unabhängig von ihrem Alter gemeinsam durch einem Lehrer einen „Input“ erhalten. Sie werden in den vier Kernfächern Deutsch, Englisch, Französisch und Mathematik durchgeführt. Die gerade nicht an einem Intensivtraining teilnehmenden Schüler bleiben im Lernteam. Jedes Intensivtraining dauert ca. eine Zeitstunde, so dass ein Schüler max. an vier wöchentlichen Intensivtrainingsstunden teilnehmen kann. In jedem Fach finden wöchentlich insgesamt ca. vier Intensivtrainings auf unterschiedlichen Kompetenzniveaus statt. Die „Lernateliers“ sind in der Regel an die Intensivtrainings gekoppelt. Hier besteht für die Schüler die Möglichkeit, Nachfragen zu den Intensivtrainings zu stellen und die dort erhaltenen Inputs individuell noch einmal durcharbeiten. Die Intensivtrainings und z.T. die Lernateliers sind die einzigen Veranstaltungen, die an herkömmlichen Unterricht erinnern.

Aktivs, Projekte: Die Fächer, die über die Kernfächer Deutsch, Englisch, Französisch, Mathematik hinausgehen, werden themenorientiert trimesterweise angeboten. Die Aktivs dauern, je nach thematischem Schwerpunkt 1,5 oder 2,5 Zeitstunden. Aktivs finden an drei Nachmittagen der Woche statt. In einigen Lernfeldern (vorwiegend künstlerischen und sportlichen) finden mit einem Wochentermin Projekte statt. Die Wahl der Aktivs und Projekte wird ebenfalls durch Beratung mit den Lerncoaches und über die Kompetenzraster für die entsprechenden Lernbereiche gesteuert und dokumentiert. Die selbständig zu erbringenden Lernanteile werden im Lernteam geleistet.

Spezialtage: Über die im Strukturplan genannten Aktivitäten hinaus gibt es ca. 12 „Spezialtage“ im Jahr. Sie dienen unter



Mind-Map Beatenberg

anderem dazu, in projektartigen Unternehmungen außerschulische Lernorte aufzusuchen. Die Schüler können sich den verschiedenen Angeboten nach Interesse zuordnen.

Lernbaustelle: Gemäß dem Motto „Das Lernen ist eine Dauerbaustelle“ hat jeder Schüler in seinem Lernteam einen Arbeitsplatz, das die „Lernbaustelle“ ist. Standardausstattung der „Baustelle“ ist neben Tisch und Stuhl ein kleiner Aktenwagen, in dem die Lernutensilien des Schülers untergebracht sind (Mappe mit Bürountensilien; Arbeitsportfolio; Präsentationsportfolio; Bücher, mit denen der Schüler gerade arbeitet). Weiterhin gehört ein Ständer dazu, das „Baustellenschild“, an dem die persönlichen Kompetenzraster des Schülers, sowie andere Informationen über den individuellen Lernprozess für alle sichtbar hängen.

Kompetenzraster: Auf der Basis der Kompetenzniveaus des europäischen Referenzrahmens für das Fremdsprachenlernen sind vom Institut Beatenberg „Kompetenzraster“ entwickelt worden für die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch, Französisch, Informatik, Gestalten, Geographie-Geschichte-Staats- und Gemeinschaftskunde, Science, Sport und Gesundheit, Musik.

Jeder Schüler hat für jedes Fach ein persönliches Kompetenzraster, auf dem seine Lernausgangsposition durch die Farbe gelb gekennzeichnet ist. Jede mit dem Lerncoach vereinbarte Lernsequenz (Lernjob (s.u.) oder andere Lernaufgabe) ist mindestens einer Kompetenz und einem Kompetenzniveau zugeordnet. Wenn die Lernsequenz erfolgreich beendet ist (z.B. durch einen Test), wird dies auf dem Kompetenzraster durch einen Klebepunkt im entsprechenden Kompetenz-Niveau-Feld gekennzeichnet und mit einer Nummer versehen, unter der das durchgearbeitete Material dieser Lernsequenz einschließlich dem zugehörigen Test im Arbeitsportfolio abgelegt ist. Die Farbe der Klebepunkte wechselt von Trimester zu Trimester. Damit wird augenfällig der persönliche Lernweg im Laufe des Schuljahres nachvollziehbar und dokumentiert. Für die älteren Schüler werden auf dem Kompetenzraster die entsprechend dem angestrebten Anschluss für eine weitere (Aus-)Bildung (z.B. gymnasiale Oberstufe oder spezifische Eingangskompetenzen erwarteten Kompetenzniveaus ebenfalls farbig gekennzeichnet. So entsteht durch die bildhaft sichtbare Differenz zwischen aktuellem Lernstand und angestrebter Fachkompetenz für den Schüler ein sehr

plastisches Bild der von der von ihm noch zurückzulegenden Lernstrecke. Die öffentlich aufgehängten Kompetenzraster dienen auch anderen Schülern zur Orientierung, an wen sie sich um Rat wenden können.

SMARTies: Konkrete Lernvorhaben (z.B. der Wochenschwerpunkt) werden nach der Methode S(pezifisch, eindeutig, klar), M(essbar, Fortschritt), A(usführbar, machbar), R(elevant, Was hat das mit mir zu tun?), T(erminiert, Beginn?, Endpunkt?) beschrieben.

Wochenschwerpunkt: Jeder Schüler verabredet mit seinem Lerncoach einen „Wochenschwerpunkt“. Das ist ein Lernthema (etwa ein Lernjob oder eine Arbeit aus einem Aktiv), das mit einer bestimmten Mindeststundenzahl im Layout dokumentiert sein muss und dessen Ergebnisse nach Ablauf der Woche in der Lernteamgruppe präsentiert werden. Der Wochenschwerpunkt wird als SMARTy beschrieben.

Layout: Das „Layout“ ist ein multifunktionales Lernplanungs-, -kontroll- und -berichtsinstrument (ein gegliedertes A4-Blatt). Hier werden der Wochenschwerpunkt beschrieben und die für den Schü-

ler maßgeblichen Wochenveranstaltungen mit der Angabe ihres Inhalts in einen persönlichen Stundenplan eingetragen. Der Schüler kommentiert die tägliche Arbeit und gibt eine Einschätzung über seine Erfolge ab. Die Eintragungen sind Gegenstand des Bilanzgesprächs mit dem Lerncoach, werden von ihm abgezeichnet und am Wochenende den Eltern als Bericht über die Lernarbeit der vergangenen Woche vorgelegt.

Checklisten: Es gibt zwei Arten von Checklisten. Eine ältere Form, bei der eine Kompetenz auf einem Niveau in der Formulierung „Ich kann ...“ in Teilkompetenzen zergliedert wird. Diese Checklisten dienen den Schülern zu Orientierung und Selbsteinschätzung. Die neuere Form der Checklisten geben zu den Teilkompetenzen Hinweise auf hierfür nützliche Lernjobs und Lernaufgaben mit Material aus Lehrbüchern und anderen Quellen.

Baumarkt: Der „Baumarkt“ ist eine Lernmittelstation, in der die zusammengestellten Checklisten, Lernjobs und zur Lernarbeit geeignete Bücher, Arbeitsblätter und anderes Material aufbewahrt werden. Die Schüler holen sich das von ihnen benötigte Material weitestgehend selbständig aus dem Baumarkt. Die Materialien des Baumarktes sind nach Fächern (Lernbereichen) angeordnet.

Lernjobs: „Lernjobs“ sind auf den Erwerb einer (oder mehrerer Kompetenzen) auf einem bestimmten Niveau abgestimmte Lernmaterialien, die Erläuterungstexte, Aufgaben und Hinweise zur Selbstevaluation enthalten. Die bisher vorhandenen Lernjobs sind von Mitarbeitern des Instituts erstellt worden und werden weiterhin in Zusammenarbeit mit anderen Schulen ergänzt.

Portfolios: Es gibt zwei verschiedene Portfolios: Im „Arbeitsportfolio“ werden alle erfolgreich zu Ende geführten Lernjobs und andere Lernnachweise gesammelt und in der Reihenfolge ihrer Bearbeitung nummeriert und abgelegt. Im „Präsentationsportfolio“ werden besonders wichtige und als besonders gelungen angesehene Lernnachweise und -produkte gesammelt.

Assessments: Sowohl bei Eintritt in das Institut als auch am Schuljahresende werden für die Feststellung des individuellen Lernstandes an Kompetenzniveaus orientierte Assessments (Tests) durchgeführt. Sie dienen der individuellen Bestimmung der Ausgangssituation für den nächsten Lernabschnitt.

Verständnishilfen: Lernprozesse sollen zum Verständnis des Gelernten führen; das schließt ein, sowohl den Prozess als auch das Ergebnis selbst strukturiert darstellen zu können. Hierzu existiert eine reichhaltige Sammlung von Methoden, Verfahren und Darstellungsformen, die von den Schülern und den Lehrern benutzt werden. Einige Beispiele: Mind map, Strukturskizze, Flowchart, Protokoll, Advance Organizer, Graf-iz, Flow Blume.

Kommentar

Insgesamt ist es der Schule gelungen, ein ausgefeiltes System von organisatorischen und pädagogischen Bausteinen zu entwickeln, die in überzeugender Weise selbstständiges, -verantwortetes, -gesteuertes Lernen nicht nur für die ermöglicht und unterstützt, die es schon können, sondern auch denen einen Zugang verschafft, die es noch nicht (oder besser nicht mehr) können. Die Ergebnisse der Schule sind so, dass in der Regel die Schüler den Anschluss an den selbst gewählten folgenden (Aus-)Bildungsabschnitt schaffen.

Ergänzungen

Es gibt in Diskussionen über das Institut Beatenberg drei häufig geäußerte Einwände:

1. Ein solches selbstständiges Lernen ist nur für bereits lernmotivierte und leistungsstarke Schüler geeignet, lernschwächere Schüler benötigen eine stärkere Anleitung.

Hierzu zweierlei:

Erstens besteht die Schülerschaft des Instituts Beatenberg zu einem erheblichen Teil aus Schülern mit einer vorangegangenen problematischen Schulkarriere im Regelschulbereich. Sie kommen keineswegs mit einer bereits entwickelten Lernmotivation in diese Schule.

Zweitens lassen gerade die in Beaten-

berg praktizierten Prinzipien und Methoden eine den individuellen Notwendigkeiten angepasste engere oder lockere pädagogische Führung zu, die aber stets die Entwicklung und Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Schülers für seinen Lernprozess im Auge hat.

2. Ein solches System ist, wie man sehe, in kleinen Institutionen wie dem Institut Beatenberg praktikierbar, nicht hingegen in Schulen normaler Größe mit mehreren Hundert Schülern.

Mittlerweile haben andere größere Schulen in der Schweiz (u.a. Campus Zollikerberg) das Lernsystem von Beatenberg adaptiert.

3. Das geht nur in einer Privatschule. Dieser Einwand ernst gemeint ist, hieße es, dass sich öffentliche Schulen grundsätzlich nicht in diese Richtung reformieren ließen. Richtig ist sicher, dass für eine Privatschule wegen der größeren pädagogischen, personellen und organisatorischen Flexibilität ein solcher Schritt leichter realisierbar ist.

Quellen

Woher stammen die Informationen

Der Autor besuchte das Institut Beatenberg im Rahmen einer vom Landesverband Hessen der GGG unter Leitung von Hans-Peter Kirsten-Schmidt im Oktober 2007 durchgeführten 5-tägigen Reise mit ca. 30 Teilnehmern. In den drei Tagen vor Ort standen uns Mitarbeiter des Instituts, das Haus und alle Unterlagen zur Verfügung. Während dieser Zeit waren die Schüler wegen der Herbstferien nicht anwesend. Die Einblick, die wir erhielten, waren dennoch sehr beeindruckend. Die Aussagen der Mitarbeiter und der Erfolg der Arbeit wird durch zahlreiche Berichte von Einzelbesuchern bestätigt, die an der Arbeit mit den Schülern teilgenommen haben.

Quellenhinweise

Alle Materialien und Publikationen, die von Mitarbeitern des Instituts Beatenberg verfasst wurden, darunter viele zum kostenlosen Download, können auf der Website des Instituts nachgeschlagen werden:

www.institut-beatenberg.ch





Neues von empirischen Studien

Wahrheiten und Missdeutungen

von Ursula Helmke

Seit Anfang dieses Jahres geistern erneut Forschungsergebnisse von empirischen Untersuchungen durchs Land, die aufhorchen lassen, erschrecken, alte Grabenkämpfer wieder auf den Plan rufen. Aber schließlich, wenn sie ihrer skandalträchtigen Aufmachung entkleidet sind, lassen sie bekannte Figuren erkennen. Gleichwohl sind die Ergebnisse wieder ins Gespräch gebracht, was nach Beendigung der Geisterstunde den früheren manchmal bitteren Erkenntnissen zu Nachdruck und Vertiefung verhelfen könnte. Vielleicht auch zu besseren Lösungen?

Aber konkret:

1. Über die soziale Kopplung der Bildungschancen

Im Januar veröffentlichte die ZEIT einen Artikel des renommierten Bildungsforschers Helmut Fend mit dem Titel „Schwerer Weg nach oben“ (Nr. 02 vom 03.01.2008), dem die Unterzeile „Das Elternhaus entscheidet über den Bildungserfolg – unabhängig von der Schulform“ beigegeben worden war. Der redaktionelle Vorspann fügte gar hinzu: „Die ... Studie zur Wirksamkeit von Gesamtschulen (kurziv: u.h.) birgt Sprengstoff für die Debatte um das richtige Schulsystem – und die Möglichkeit der Schulen, zur sozialen Gerechtigkeit beizutragen.“ Fend selbst bekennt im Folgenden: „Selten hat mich das Ergebnis meiner Forschungen so überrascht und enttäuscht wie diesmal: Die Gesamtschule schafft unterm Strich nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Schulsystems... Die soziale Herkunft... entscheidet hierzulande noch langfristiger über den Bildungserfolg der Kinder als bislang angenommen.“ Gesamtschulanhänger mussten ebenfalls enttäuscht sein, hatte doch derselbe Forscher

in seiner umfangreichen Gesamtschul-Vergleichsstudie der 70er Jahre den Gesamtschulen die größere Chancengerechtigkeit attestiert.

Erst im weiteren Verlauf des Textes wird offenbar, dass die früheren Befunde sehr wohl Bestand haben, denn die aktuelle (follow-up-)Studie bezieht sich auf die späteren Lebensabschnitte der früheren Probanden (die weitere Schullaufbahn, Berufswahl bzw. Studium, Berufserfolg), während die frühere Untersuchung, wie auch PISA, sich auf die Neunt- bzw. Zehntklässler bezogen hatte. Fend: „Solange die Schule intern agieren kann, also die Kinder und Jugendlichen beisammen hat und sie nach Leistungen gruppiert, kann sie die soziale Selektivität durchaus reduzieren.“ Die späteren Entscheidungen jedoch, zum Schulabschluss, der Ausbildung und Berufslaufbahn, sind risikobehafteter, den Ausschlag geben dann die „familiären Ressourcen“ im umfassenden Sinne.

Ob die Studie verallgemeinerbar ist, steht dahin. Sie umfasste 1527 Probanden vom 12. bis zum 35. Lebensjahr aus dem Raum Frankfurt, deren Repräsentativität womöglich nicht gesichert ist, da schon das Auffinden der vormals Untersuchten im Alter von 35 Jahren, ca. 20 Jahre nach der Ersterhebung also, nicht unproblematisch gewesen sein wird. Immerhin wird das gravierendste Ergebnis, die Dominanz der sozialen Kopplung von Bildungskarrieren in Deutschland, durch PISA und weitere Studien mehrfach bestätigt – und beklagt. Fend selbst nutzt das Ergebnis im Hinblick auf die bürgerlichen Schichten zu der Feststellung, dass diese Familien für ihre Kinder daher selbst beim Besuch einer Gesamtschule nicht fürchten müssten, das angestrebte Bildungsziel zu verfehlen.

Unbestritten ist, dass das Ziel der Chancengleichheit im Bildungssystem mit

Vorrang verfolgt werden muss. Fend betont zu Recht, dass die Aufhebung der gegliederten Struktur *allein* kein ausreichendes Mittel ist, die soziale Selektivität zu beenden, wenn nicht eine gezielte Förderung der Kinder und Unterstützung der Elternhäuser erfolgt. Dann aber fügt er hinzu, dass „eine frühe Einteilung in Bildungsgänge nach der vierten Klasse nur zu rechtfertigen ist, wenn die Anschlussmöglichkeiten an weiterführende Bildungswege nach der neunten oder zehnten Klasse gut ausgebaut sind.“ - Einspruch, auch dann nicht! Inzwischen ist hinlänglich nachgewiesen und bekannt, dass die hierarchisch gegliederten Bildungsgänge unterschiedliche Lernmilieus ausbilden, die je nach Anregungspotential durch Lehrkraft und Mitschüler den Lernzuwachs fördern oder hemmen. Da kommt die mancherorts gepriesene „vertikale Durchlässigkeit“ nach der Klasse 10 in Haupt- und auch Realschule schon sechs Jahre zu spät. Dass immerhin 25 % der in der 9. oder 10. Klasse von Fend untersuchten Schülerinnen und Schüler zu einem meist höheren Schulabschluss kamen, als es der damals besuchte Bildungsgang intendierte, ist erfreulich, macht aber zugleich auf die fehlerhafte Passung von Bildungsgangszuweisung und Leistungsvermögen, durch welchen Einfluss auch immer sie verursacht wurde, aufmerksam.

2. Ungleiche Chancen durch differente soziale Effekte

Im März veröffentlichte die ZEIT einen im gleichen Thema weiterführenden Artikel von Volker Müller-Benedict (Nr. 12 vom 13.03.2008), Professor für Methoden und Statistik an der Universität Flensburg. Er referiert darin kurz seine auf den differenzierten PISA-Leistungsdaten von 2000 basierenden Studien und stellt dar, welche Faktoren und Effekte es vornehmlich sind, die Ungleichheit der Bildungschancen hervorrufen und verstärken, und unterbreitet Vorschläge, wie sie am wirksamsten gemildert werden könnten¹. Müller-Benedict unterscheidet mit Nachdruck zwei unterschiedliche Wirkkomplexe: den primären und den sekundären sozialen Effekt auf den Schulerfolg. Der *primäre soziale*

Effekt setzt sich aus den Komponenten zusammen, unter denen das Schulleistungspotenzial eines Kindes in der Schule erscheint: den Interessen, intellektuellen Fähigkeiten, der Motivation und Energie sowie dem Durchhaltevermögen. Es ist unter dem Einfluss unterschiedlicher Quellen vor der Schulzeit ausgebildet worden, durch Anregung, Förderung, Zuwendung – oder ihr Fehlen. Entsprechend fallen die schulischen Ansprüche und Erwartungen auf mehr oder weniger fruchtbaren Boden.

Der sekundäre soziale Effekt setzt auf dem primären auf: Vielleicht wird das reale Leistungsvermögen gar nicht erkannt oder es wird nicht ausreichend gefördert und fordernd in Anspruch genommen, wird vom Kind selbst oder seinen Eltern und Lehrern falsch eingeschätzt. Dies muss nicht bewusst oder gar böswillig geschehen, sondern wird durch festgefügte Schemata, kategorisierende Institutionen und Strukturen im Hintergrund ausgelöst. Mit der Isolierung dieses sekundären Faktorenbündels geht Müller-Benedict deutlich über die Fend-Aussage von der quasi Alleinwirksamkeit des Elternhauses hinaus.

Die Wirksamkeit dieser *beiden* Effekte – meist in die gleiche Richtung laufend – lässt sich im heutigen deutschen Schulsystem nur schwer oder gar nicht differenziert wahrnehmen. Gleichwohl muss ein großes Interesse an der Erhellung der unterschiedlichen Wirkungen bestehen, wenn z.B. die skandalöse Differenz im Bildungserfolg der verschiedenen sozialen Schichten der Gesellschaft möglichst erfolgreich aufgelöst werden soll. Die bisherige Wahrnehmung ungleich verteilter Bildungschancen wird auf ungleich vererbte Intelligenz zurück geführt, wenn biologisch argumentiert wird. Das heißt auf einen eindeutig primären Effekt, der aus Sicht seiner Verfechter die Schulleistung unveränderbar determiniert, aber nach beweiskräftiger Datenlage aus allen Leistungsvergleichen der neueren Zeit in der deutschen Schulwirklichkeit mitnichten zur „bildungsgerechten“, auf die Begabung abgestellten Zuordnung im gegliederten System führt. Aber auch die

soziale Komponente des primären Effekts, die Einflüsse der sozialen und kulturellen Lage im Elternhaus auf das Vorschulkind, werden nach Müller-Benedict selbst bei intensiver außerfamiliärer Förderung nicht ausreichend ausgeglichen werden und zu höheren Abschlüssen führen können.

Denn durch eine mathematisch zielgerichtete Neugruppierung der Erhebungsdaten von PISA 2000 und ihre simulierte verschiedene Gewichtung von primären und sekundären Effekten gelingt der eindeutige Nachweis, dass dem *Sekundäreffekt der größeren Einfluss* auf die Bildungskarriere der Schülerinnen und Schüler zukommt. Ihm ist es demnach zuzuschreiben, dass trotz gleichen Leistungspotenzials unterschiedliche Schulabschlüsse erzielt werden. Als „harter Kern“ der Einflussnahme werden die Schulstruktur, die Schulorganisation und Unterrichtskommunikation sowie die Elternentscheidungen für die Bildungslaufbahn genannt. Dramatisch erscheint in diesem Licht, dass so manche der auf den Weg gebrachten Maßnahmen – u.a. frühkindliche Förderung, Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund, schulbegleitende differenzielle

Förderung für sozial Benachteiligte – gar nicht in relevantem Maßstab die Bildungsungerechtigkeit werden aufheben können.

Die weiter ausdifferenzierte Betrachtung des sekundären sozialen Effekts lässt erkennen, dass – wie bekannt – der Übergang auf verschiedene Bildungsgänge nach der Grundschule eine der maßgeblichen sozialen Hürden darstellt. Hier würde nach Müller-Benedict die „soziale Neutralisierung“ des Übergangs auf das Gymnasium den größten Effekt in Richtung Bildungsgerechtigkeit erzielen, da die Hauptschule bereits ins Abseits geraten ist und die Realschule sie längst numerisch überholt hat. Wird der Übergang auf die Hochschule in die Betrachtung einbezogen, wird deutlich: „...jede weitere Stufe, auf der ein Abgang aus dem System möglich ist, erhöht die Differenz der sozialen Ungleichheit im Schulerfolg“.

Fazit der Analyse von Müller-Benedict: Die soziale Ungerechtigkeit der Bildungschancen lässt sich weit effektiver als bisher angedacht durch die Verringerung der Wirksamkeit des *sekundären sozialen Effekts*



Wir schaffen es aus allen Startlöchern!

auf die Bildungslaufbahnen abmildern. Da Bildungsgangentscheidungen der Eltern für ihre Kinder überwiegend von schichtenspezifischen Lebenserfahrungen geprägt sind und diese durch in die gleiche Richtung laufende Empfehlungen der Lehrkräfte darin weitgehend unterstützt werden, verstärken beide Einflüsse den Sekundäreffekt, den es vornehmlich zu verringern gilt. Wirkungsvoll kann daher nur die Abschaffung der „Übergangspunkte“ in einer bisher selektiven Stufung der Schulstruktur durch die Einführung einer integrierten und möglichst durchgängigen Schule sein. Sie sollte durch die flächendeckende Einrichtung von Ganztagschulen ergänzt werden, so dass auch strukturell das individuelle Leistungspotenzial jedes Schulkindes ausgeschöpft werden kann, die Chancengleichheit signifikant vergrößert und eine deutlich höhere Quote an hochwertigen Bildungsabschlüssen erreichbar wird.

3. Kontroverse Beurteilung der Berliner Grundschule

Schon im vorigen Heft, dem Kommentar zur Hamburger Schulsystemvariante, wurde der Name des bislang renommierten Bildungsforschers Rainer Lehmann genannt, der während der dortigen schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen angebliche Ergebnisse aus seiner eigenen vor der Veröffentlichung stehenden Untersuchung zum Vergleich der Berliner 6-jährigen Grundschule mit dem Fördereffekt des „grundständigen“ Gymnasiums preisgab. Er erwies weder sich noch seiner wissenschaftlichen Zunft der Bildungsempiriker einen Dienst mit der offensichtlich politisch tendenziösen (falschen!) Aussage, das Gymnasium fördere in den Jahrgängen 5 und 6 erfolgreicher. Der politisch zuständige Senator und ebenfalls wissenschaftlich versierte Professor Zöllner musste ihn öffentlich korrigieren, indem er aufklärte, das Gegenteil sei nach Da-

tenlage der Fall, da die Lernergebnisse im Gymnasium zwar geringfügig besser seien, jedoch die Schülerschaft dort die Auslese der gymnasial Empfohlenen darstelle, während die übrigen Schülerinnen und Schüler in der Grundschule geblieben waren und zum (fast) gleichen Erfolg geführt worden waren.

„Bildungsforscher sind auch nur Menschen“ könnte man zu diesem Lapsus anmerken, wenn es nicht um die Dramatik ginge, das deutsche Schulsystem nun endlich nach 30 Jahren erwiesenen Missstands und nachgewiesener Fehlleistungen auf den Weg der ausgeschöpften und gerechten Bildungschancen *für alle Kinder* zu bringen. Von der „empirischen Wende“ in der Bildungsforschung versprachen sich nicht wenige Menschen fundierte Erkenntnisse, mit deren Hilfe die Ideologie-Verdächtigungen einerseits und der elitäre Dichter-und-Denker-Anspruch andererseits beiseite geschoben und menschenfreundliche, solidarische und aufgeklärt-effektive Schulpolitik gemacht werden könnte. Kann auch diese „Wende“ zur Enttäuschung werden? Können auch Bildungsforscher korrumpiert werden?

4. Gerangel um die PISA-Ergebnisse

Schließlich ist von einer bemerkenswerten Kontroverse zu berichten, die zwischen Wissenschaftlern, Politikern und (in) der Presse ausgetragen wurde. Es ging und geht wieder einmal um PISA, die OECD-Koordinationsstelle, die Kultusministerkonferenz und den Wissenschaftlichen Beirat zur Begleitung der übergreifenden Leistungsvergleiche. Die Auseinandersetzung zeigt in aller Deutlichkeit, wie gering – leider immer noch – die ehrliche Auseinandersetzung mit den Ergebnissen und notwendigen Konsequenzen betrieben wird und zu welchen Winkelzügen Politiker manchmal greifen, wenn Wissenschaftler oder die Presse unangenehme Wahrheiten ans Licht der Öffentlichkeit bringen. Sie zeigt aber auch, leider, wie verführbar Wissenschaftler sein können (müssen?), wenn sie geneigt sind, politisch brisante Ergebnisse „sanft“ zu verpacken oder gar zu kolorieren bzw. Parameter



Keine Hürde ist uns zu hoch ...

opportunistisch zu ändern. Sie sind schließlich auf Forschungsaufträge und -gelder angewiesen. Das „Tüpfelchen aufs I“ setzen allerdings die Politiker, die sich schließlich nicht scheuen, weichgespülte Ergebnisse mit einer Pointe in die Öffentlichkeit (Pressekonferenz) zu bringen, die eindeutige Stagnation oder gar Rückfall hinter die Konkurrenten als Erfolg feiert.

Schon in der Januarausgabe 2008 der E&W berichtete die GEW von erneutem Interpretationsgerangel der PISA-Ergebnisse 2006 zwischen den Bildungsexperten der OECD und deutschen Stimmen. Die weiterhin kritischen Kommentare aus Paris zur deutschen Bildungssituation wurden, wie gewohnt, deutlich milder durch die von den Kultusministern beauftragten Wissenschaftler in die Öffentlichkeit vermittelt, man warf sich Wechsel im System der Hintergrunderhebungen z.B. zum sozialen und ethnischen Status der Familien oder bei der Berechnung der Risikogruppe gegenseitig vor, der PISA-Koordinator Andreas Schleicher wurde ideologischer Interpretationen beschuldigt. Als deutsche Wissenschaftler und Politiker die vermeintlich besseren Ergebnisse im naturwissenschaftlichen Bereich bejubelten, musste die OECD richtig stellen, dass der Effekt lediglich daher rühre, dass *auf deutschen Wunsch* das Fragenbündel auf mehr Umweltwissen umgestellt worden sei und also mit der Vorerhebung nicht verglichen werden könne.

Klaus Klemm wies mit seinem Appell „Schulforscher, aufgepasst!“ in der ZEIT am 15.05.08 darauf hin, dass Verwirrung durch unklare oder schlecht kommunizierte Spielregeln bei der Anlage, Analyse und Präsentation von Untersuchungen die Öffentlichkeit irritieren und die Politik dazu verleiten könnte, den eingeschlagenen Weg der durch Wissenschaft gestützten Entscheidungen wieder zu verlassen und zur „bauchbasierten Steuerungspolitik“ zurück zu kehren. Das wäre nicht nur schade, sondern verheerend; es würde die zarte Hoffnung auf dringend notwendige rational gesteuerte Fortschritte in der Schulpolitik zunichte machen.

5. Wissenschaftler kontra Kultusminister

Den öffentlich unbemerkten Höhepunkt im Gerangel um die Interpretation der empirischen Ergebnisse und die notwendigen Konsequenzen inszenierten jedoch die Wissenschaftler des Beirats für die „Feststellung der Leistungsfähigkeit im internationalen Vergleich“ bereits Anfang dieses Jahres. Ihre „nicht zur Veröffentlichung bestimmte“ Stellungnahme zu zentralen Befunden der Vergleichsstudien ging auftragsgemäß an die Steuerungsgruppe der Kultusminister, gelangte aber ohne Auftrag schließlich auch an nicht offizielle bildungspolitisch interessierte Gruppen und Organe. Die ‚Tageszeitung‘ überschrieb ihren Kommentar am 04.06. mit „PISA-Chef prügelt Kultusminister“, die ZEIT am 05.06. mit „Blauer Brief für Kultusminister“.

Drastische Formulierungen für einen in der Tat schier unglaublichen Vorgang. Professor Baumert und seine Kollegen im Beirat drängten in ihrer Stellungnahme nach zahlreichen Höflichkeitsformulierungen im alten Stil die Kultusminister unmissverständlich dazu, die gravierenden Defizite, die „Stabilität zentraler Problemlagen“ des deutschen Bildungssystems endlich schonungslos zur Kenntnis zu nehmen und „sie zu benennen“ wie auch umgehend Abhilfe zu veranlassen. Offensichtlich waren und sind die Forscher mit ihrer Geduld am Ende. Sie sehen die Gefahr, dass bisher beschlossene Maßnahmen zur Qualitätssicherung in den Schulen einerseits nicht ausreichen, sich andererseits gegenseitig im Weg stehen, weil sie zum einen Teil zentral gesteuert, zum anderen in Landesverantwortung durchgeführt werden und die Berichterstattung immer widersprüchlicher wird. Schule und Öffentlichkeit könnten zunehmend mit Unverständnis reagieren, wie sich bereits zeigt. Sie verlangen u.a.,

- unverzüglich die unterschiedlichen Kompetenzmodelle sowie nationale und internationale Erhebungen zu harmonisieren,
- nach den ungenauen *Regelstandards* eindeutige *Mindeststandards* zu defi-

nieren, die von den Schulen zwingend erreicht werden müssen,

- die Aufgabenformate kommender Tests den Lehrkräften zuvor bekannt zu machen.
- *Auf 9 weiteren Seiten* wird nachdrücklich in vielen grundsätzlichen und konkreten Vorschlägen eine *grundlegende Umsteuerung* der bisherigen Strategie zur Qualitätsverbesserung der Arbeit in deutschen Schulen gefordert, wengleich in moderatem aber nachdrücklich-fragendem Tonfall. Zu entscheiden sei, ob die bislang unspezifisch und pauschal begonnene Förderung ausgemachter Problemgruppen nicht sinnvoller in zeitlich begrenzter Fokussierung konzentriert und kontrolliert durchgeführt werden müsse.

Das sind klare Worte, wengleich sie diplomatisch artikuliert worden sind. An Argumenten findet sich vieles versammelt, das von GGG und GEW sowie uns nahestehenden Bildungsexperten seit je vorgebracht wurde. Ob dieser Vorstoß jetzt Gehör findet? Die Mühlen der KMK mahlen ungeheuer langsam, immer schon, aber kann nicht endlich erwartet werden, dass die Kultusminister das Schönreden aufgeben und dem Vorbild der PISA-Spitzenreiter folgen, die ihre vergleichbaren sozialen und Bildungskrisen in den 80er Jahren durch die notwendigen Reformen bewältigten?



Anmerkung

- ¹ Beide Texte „Soziale Ungleichheit und Schulerfolg“ in PISA-INFO 11/2008 der GEW, Hauptvorstand

Norddeutscher Kongress
IGS Peine
LV HB, HH, NI, SH
26.09. bis 27.09.2008

www.igs-peine.de/ggg/ggg-kongress.htm

Hamburg

Schulstrukturreform – Auf Kosten der Gesamtschule?

Die Grundzüge der von der schwarz-grünen Koalition in Hamburg angestrebte Strukturreform ist im Länderbericht Hamburg (GGG-KONTAKTE Heft 2 vom 01. Juni 2008) dargelegt worden. Daran hat sich bisher nichts geändert. In Stichworten: Grundschule verlängert auf 6 Jahre (Primarschule), danach nebeneinander Stadtteilschule und Gymnasium. Beide führen zum Abitur. Über den Zugang zum Gymnasium entscheidet allein die Primarschule – entscheiden nicht die Eltern. Alle Primarschulen werden organisatorisch selbstständige Einheiten; sie können Stadtteilschulen oder Gymnasien zugeordnet werden. Das Problem dieser Strukturreform steckt in ihrem Kompromisscharakter, in ihrer Halbherzigkeit. Der Kompromiss war unvermeidlich. Überzeugend hatten die Vertreter der GAL in der Enquete-Kommission gegen das Strukturmodell einer Zweigliedrigkeit von CDU und SPD argumentiert und noch im Bürgerschaftswahlkampf lagen die Positionen von CDU und GAL weit auseinander. Eine Schule für alle und der uneingeschränkte Erhalt der Gymnasien schienen unvereinbar. In den Koalitionsverhandlungen hat man sich dann anscheinend mühelos darauf geeinigt, die Grundschule auf sechs Jahre zu verlängern und künftig Primarschule zu nennen. Die GAL sieht in diesem Kompromiss einen großen Erfolg, der es angesichts der Ausgangslage wohl auch ist, und meint damit wohl auch den Durchbruch auf dem Weg zu einer Schule für alle erreicht zu haben. Trotzdem bleibt es eine halbherzige Reform, die alle die Konflikte heraufbeschwört, die auch bei einer grundlegenden Reform aufgetreten wären. Das beginnt bei den Primarschulen, die als selbstständige Einheiten Stadtteilschulen oder Gymnasien zugeordnet werden können. Da es nur Schulverbände, aber keine Schuleinzugsbereiche gibt, haben Eltern die freie Wahl

der Primarschule. Eltern, die ihr Kind unbedingt auf ein Gymnasium geben wollen, werden vorrangig eine Primarschule wählen, die mit einem Gymnasium kooperiert. Hierin liegt die Gefahr, dass die Idee des längeren gemeinsamen Lernens schon in der Grundschule konterkariert wird. Mit der Verselbstständigung aller Primarschulen ist weiter verbunden, dass die bewährten Langformschulen von Klasse 1 bis 10 oder von Klasse 1 bis 13, wie sie an etwa der Hälfte der Gesamtschulen bestehen, aufgelöst werden. Die formale Gleichstellung von künftigen Stadtteilschulen und Gymnasien soll damit deutlich werden. Eine pädagogische Begründung für diese politisch-taktische Maßnahme zu geben, wird nicht einmal versucht. Alle Proteste dagegen von den betroffenen Gesamtschulen und der GGG sind bisher erfolglos geblieben. Leider tritt auch die GEW-Hamburg dafür ein, alle Primarschulen selbstständig zu führen.

Die von der Enquete-Kommission ab Jahrgangsstufe 5 vorgesehene Zweigliedrigkeit von Stadtteilschule und Gymnasium beginnt nun ab Jahrgangsstufe 7 mit der Auflage, dass auch das Gymnasium bis zum Ende der Sekundarstufe I keine Schüler abschulen darf. Das ist sinnvoll, da andernfalls die Stadtteilschulen bei vielen Rückläufern in den ihnen verbleibenden vier Jahren keine kontinuierliche pädagogische Arbeit leisten könnten. Um die Gymnasien vor einer zu großen Heterogenität ihrer Schülerschaft zu bewahren, sollen nur die Schüler und Schülerinnen ein Gymnasium besuchen dürfen, die auf der „Grundlage eines diagnosegestützten Verfahrens“ von der Primarschule bescheinigt bekommen, dass sie die „leistungsbezogenen Voraussetzungen für den gymnasialen Bildungsgang erfüllen“. Den Primarschulen wird damit eine Selektionsfunktion übertragen, die sich negativ auf ihre pädagogische Arbeit auswirken wird. Gleichzeitig entfällt das seit 1968 in Hamburg hochgehaltene Elternrecht auf eine freie Schulwahl. Gegen die Abschaffung des Elternrechts und gegen die Abtrennung der 5 und 6. Klassen von den Gymnasien hat sich eine

Volksinitiative „Wir wollen lernen“ gebildet, die ausschließlich an traditionellen gymnasialen Interessen orientiert ist. Sie wendet sich vehement gegen alle Bestrebungen, die Zeit des gemeinsamen Lernens für alle Kinder über die Grundschulzeit hinaus zu verlängern. Unterstützt wird sie vom Deutschen Lehrerverband und der FDP.

Konsequent für ein integriertes Schulsystem bis zum Ende der Pflichtschulzeit tritt derzeit in Hamburg nur die Initiative „Eine Schule für Alle“ ein (vgl. Länderbericht Hamburg, GGG-KONTAKTE Heft 1 vom 01. März 2008). Die Initiative, die die Stufe der Volksinitiative erfolgreich bewältigt hat, bereitet sich jetzt auf das Volksbegehren vor, für das vom 19.09. bis 09.10.2008 ca. 62.000 Unterschriften gesammelt werden müssen. Die Partei Die Linke unterstützt das Volksbegehren ebenso wie die AfB (Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD), während der Landesverband Hamburg der SPD jede Unterstützung verweigert, obwohl er langfristig eine Schule für alle anstrebt.

Zur Vorbereitung der neuen Schulstruktur ist in der Schulbehörde eine Projektgruppe Schulreform eingesetzt worden, die zeitlich vorrangig die regionale Schulentwicklung steuern soll. Parallel wurden die schulformbezogenen Schulaufsichten aufgelöst und zu einer regional gegliederten Schulaufsicht zusammengefasst. Um die Beteiligten vor Ort stärker in die Entwicklungen einzubeziehen, werden regionale Schulentwicklungskonferenzen geschaffen, der aus jeder Schule je ein Delegierter der Schulleitung, der Lehrerkonferenz, des Eltern- und Schülerrats angehören soll. Geplant sind ca. 24 solcher Konferenzen mit je 15 bis 17 Schulen, die unter der Leitung eines externen professionellen Moderators arbeiten und bis zum Mai 2009 konkrete Vorschläge für die künftigen Standorte von Primarschulen, Stadtteilschulen und Gymnasien entwickeln sollen. Die Erwartungen an diese Konferenzen sind hoch, es wird aber auch gefragt, wie sie angesichts der unterschiedlichen Interessen der beteiligten Schulen zu Ergebnissen kommen sollen. Die Behörde behält sich auf jeden Fall vor, auf der Grundlage der Konferenzvorschläge über ein ausgewogenes Gesamtkonzept zu

entscheiden. Bereits 2010 soll der erste 5. Jahrgang in der Primarschule verbleiben und 2012 auf Stadtteilschulen und Gymnasien wechseln.

Für die Gesamtschulen ist die Verlängerung der Zeit des gemeinsamen Lernens in der angestrebten Form ein zweifelhafter Erfolg. Die Abtrennung der Jahrgangsstufen 5 und 6 wird die pädagogische Arbeit in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 grundlegend verändern. Was bisher in den Klassen 5 und 6 geleistet werden konnte, Schüler an den selbstständigen Umgang mit Lern- und Arbeitsmethoden heranzuführen, Klassenverbände zu stabilisieren, Interessen- und Neigungsdifferenzierung vorzubereiten und die Schüler an das Schulleben mit seinen Ritualen zu gewöhnen, wird fehlen. In der Jahrgangsstufe 7 muss mit all dem in neu zusammengestellten Klassen begonnen werden. Das trifft besonders die Kollegien hart, die sich in den letzten Jahren mit sehr viel Zeit- und Kraftaufwand daran gemacht haben, ihre Gesamtschule nach reformpädagogischen Grundsätzen neu zu gestalten. Sie waren von langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten ausgegangen, die jetzt abgeschnitten sind..

Die Gesamtschulen verlieren nicht nur ihre Jahrgänge 5 und 6, auch die Jahrgänge 7 bis 10 der Stadtteilschule bilden nicht einmal mehr den Rest einer Gesamtschule. Sie werden zu einem Teil des gegliederten Schulwesens und hören damit auf, die Alternative zum gesamten gegliederten Schulwesen zu sein. Somit ist mit der schwarz-grünen Schulstrukturreform, wenn sie wie geplant umgesetzt wird, verbunden, dass – gewollt oder ungewollt – zugleich die einzige Schulform beseitigt wird, die seit 40 Jahren erfolgreich integrative Schularbeit leistet.

Jürgen Riekmann

Berlin

Pilotphase Gemeinschaftsschule beginnt

In den vorigen Ausgaben der Kontakte wurde die Genese der Pilotphase Gemeinschaftsschule in Berlin in ihren einzelnen Schritten beschrieben. Nun ist über das

letzte Kapitel der Vorbereitungen kurz zu berichten: Am 9. Juli wurden die Projektvereinbarung für jede teilnehmende Schule unterschrieben. In der Projektvereinbarung wird festgelegt, welche Schritte die Schule als nächste macht, welche Verpflichtungen die Bezirksverwaltung (Schulträger) übernimmt und welche Aufgaben die Senatverwaltung (Ministerium) wahrnimmt. Außerdem wurde das Genehmigungsschreiben auf der Grundlage der Schulgesetzänderung von der Senatsverwaltung übergeben.

Bereits einige Wochen vorher erhielten die Berliner Schulen ein Schreiben der Senatsverwaltung, in dem sie auf die Teilnahmemöglichkeit an der zweiten Runde von Schulen hingewiesen wurden, die 2009 in die Pilotphase einsteigen wollen.

Für diejenigen, die sich näher informieren wollen, werden hier die Links zu einigen Dokumenten angegeben. (Die Links zur Gesetzesänderung wurde bereits im vorigen Heft veröffentlicht.

Grundlagen für die Pilotphase
http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege/gemeinschaftsschule/grundlagen_pilotphase_gemeinschaftsschule.pdf

Elterninfo
http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege/gemeinschaftsschule/gemeinschaftsschule_elternbrief.pdf

Genehmigungsschreiben
http://www.berlin.de/imperia/md/content/sen-bildung/bildungswege/gemeinschaftsschule/schulversuch_gems_allgemein1.pdf

Pressemitteilung
<http://www.berlin.de/sen/bwf/presse/pressemitteilungen/anwendung/pressemitteilung.aspx?presseid=2422>

Liste der Schulen
http://www.berlin.de/sen/bildung/schulverzeichnis_und_portraits/anwendung/schulliste.aspx?kategorie=03&angebot=0333&textid=24

Aufruf für die nächste Runde
<http://www.bwfinfo.verwalt-berlin.de/DokLoader.aspx?DokID=2760>

Lothar Sack

Baden-Württemberg

In BW kocht zurzeit die Bildungs-Gerüchteküche.

In der Zeitung stand, Ministerpräsident Oettinger wolle die kleinen Hauptschulen – etwa jede zweite – schließen. Kurz vorher war Kultusstaatssekretär Wacker noch durch die Lande gereist und hatte betont, dass stabile einzügige Hauptschulen selbstverständlich erhalten blieben. Kultusminister Rau war gerade in England und konnte sich zu diesem Thema nicht äußern. Gewöhnlich gut unterrichtet Kreise behaupten allerdings, Oettinger nutze die Abwesenheit seines zuständigen Ressortministers gezielt, um Bildungspolitik zu machen!

Er hat offenbar erkannt, dass mit dem Thema Bildung Wahlkämpfe gewonnen oder verloren werden können und dass Herr Rau da eher im Wege steht. Am 15.7.08 war allerdings im „Mannheimer Morgen“ (MM) zu lesen, eine „Massenschließung von Hauptschulen wird es definitiv nicht geben“ und Rau, offenbar wieder anwesend, blieb stumm. Außerdem solle der Klassenteiler von derzeit 33 auf 28 abgesenkt werden. Dafür seien an die 5000 neue Lehrer eingeplant. Inzwischen heißt es aber: „4000 neue Lehrer bis 2012“. Die Nachricht über Senkung des Klassenteilers wird bestätigt, allerdings bis auf das Jahr 2011 gestreckt. Die Elterninitiativen in BW mit ihren großen Unterschriftenaktionen für kleinere Klassen können das als einen durchschlagenden Erfolg für sich verbuchen. Die FDP kritisiert, dass die Verkleinerung der Klassen ausgerechnet der teuerste Reformschritt sei und am Ende doch nichts bringe. Eines wird aber deutlich: Oettinger hat die Bildung zur Chefsache gemacht hat. Er möchte offensichtlich ein Debakel wie in Hessen vermeiden und frühzeitig den

Protesten im Lande den Wind aus den Segeln nehmen.

Noch etwas aus der Gerüchteküche: Es soll eine Änderung der Vorschriften für die drei Gesamtschulen in BW geplant sei. Was das wohl bedeutet?

Jürgen Leonhardt

Brandenburg

Zum Ende des Schuljahrs 2007/08 schlossen im Land Brandenburg 16 öffentliche Schulen:

3 Grundschulen, 4 Gymnasien und 9 Oberschulen (Klassenstufen 7 bis 10).

Das bedeutet dass ab August 2008 noch 471 Grundschulen, 131 Oberschulen, 38 Gesamtschulen, 97 Gymnasien und 103 Förderschulen existieren.

Bildungsminister Holger Rupprecht rechnet mit einer stabilen Schullandschaft erst für das Schuljahr 2012/13. Bis dahin müssten noch weitere Schulen geschlossen werden, da die geforderten Mindestanzahl nicht ausreichen werden.

Es ist aber weiterhin zu verzeichnen, dass sich private Träger um die Errichtung von neuen Schulen (vornehmlich Gymnasien) bemühen.

Christine Feuerstake

Bremen

Die Mitgliederversammlung der GGG in Bremen Ende Juni 2008 stand im Zeichen eines Vortrags von Wilfried Kretschmer (Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim), der über die Arbeitsweise und Konzeption seiner Schule berichtete. Besonders erhellend zu erfahren war u. a., wie das Kollegium immer wieder Schwierigkeiten überwunden und gemeistert hat, um das Niveau der Unterrichtsqualität stetig zu heben. Angesichts der laufenden Diskussion um die Schule der Zukunft in Bremen, war dies ein sehr nützlicher Vortrag.

Der Vorstand der GGG Bremen ist neu gewählt worden: Zum Vorsitzenden wurde Karlheinz Koke, zum Vertreter Matthias

Feuser gewählt, Sabine Lucas und Wolfgang Vogel bleiben dem LV als Beisitzer erhalten und Hans Schöne wird die Kasse in bewährter Weise verwalten.

Weiterhin ist berichtenswert, dass der Vorstand mit der Senatorin Frau Jürgens-Pieper ein schulpolitisches Gespräch am 10. 07. 2008 führte, das sehr sachlich, angenehm und ertragreich war. Wir werden darüber ausführlich berichten.

Karlheinz Koke

Niedersachsen

Einschätzung zum Regierungsentwurf der niedersächsischen Schulgesetznovelle

Das vollmundige Versprechen des Ministerpräsidenten vor der Wahl, neue Gesamtschulen wieder zuzulassen und das in Deutschland einmalige gesetzliche Errichtungsverbot wieder aufzuheben, ist durch die von der Koalition vorgesehene Novellierung des Schulgesetzes als Wahllüge enttarnt worden. Vertreter der Landesregierung sprechen ganz unverblümt nicht von einer Aufhebung, sondern nur von einer Lockerung des Verbots. Die „Hürden“, die eine Errichtung neuer Gesamtschulen aufgrund erheblichen Bedarfs erschweren, lassen nur den ideologisch begründeten Willen erkennen, Gesamtschulen möglichst zu verhindern und dem vielfachen Elternwillen auch künftig nicht voll nachzugeben.

Allein die von der Kultusministerin genannte Zahl von erforderlichen 130 Schüleranmeldungen pro Jahrgang ist pädagogischer Unfug und in ländlichen Räumen kaum zu erreichen. Will man „Mammutschulen“, die doch bei manchen „alten“ Gesamtschulen als negatives Merkmal angemerkt wurden? Dass diese Schulen aus pädagogischen Gründen und nicht etwa aus Mangel an Anmeldungen inzwischen sinnvolle und pädagogisch verantwortbare Größen haben, hat diese Landesregierung anscheinend noch nicht bemerkt. Und ihre Unkenntnis der Realität geht sogar so weit, dass sie nicht mal zur Kenntnis nimmt, dass es schon

immer auch kleinere Gesamtschulen gibt und die neuen Gesamtschulen fast immer kleiner sind und gut bewertet werden. Es ist doch immer wieder erstaunlich, wie viel Unkenntnis im Kultusministerium herrscht. Oder sollte auch hier die Taktik maßgebend sein, Gesamtschulen auf jeden Fall zu verhindern?

Die „Nachhaltigkeit“, ein heute viel gebrauchter Begriff, dadurch feststellen zu lassen, dass Eltern von Kindern im Kindergartenalter sich bereits für den fünf Jahre später erfolgenden Besuch ihres Kindes in einer Gesamtschule entscheiden sollen, kann nur als grober Unfug und wohl auch wieder als taktisches Verhinderungsmanöver verstanden werden. Diese Landesregierung will einfach keine Gesamtschulen!

Die demographische Entwicklung mit dem bereits jetzt erkennbaren Rückgang der Schülerzahlen wird gerade in ländlichen Bereichen das gegliederte Schulsystem auf Dauer stark behindern, wenn nicht schon aus finanziellen Gründen verhindern. Vielleicht hat das Kultusministerium im Wirbel der vielen Unruhe stiftenden Maßnahmen vergessen, dass auch eine eigene Kommission zum Schluss gekommen ist, dieses System nicht überall durchhalten zu können. Sollte das Kultusministerium unfähig sein, eine langfristige Schulplanung vorzunehmen? Es weiß bestimmt, dass es zu Zusammenschlüssen von Schulformen kommen muss. Und ich bin sicher, dass diese Landesregierung auch dann nicht Gesamtschulen ohne Wenn und Aber zulassen wird, weil sie weder den Elternwillen respektiert, noch wissenschaftliche Erkenntnisse unvoreingenommen zur Kenntnis nimmt, noch die vielfach sozial bedingte Selektion aufheben will.

Wie manch andere von der CDU geführte Landesregierung wird auch unsere das Gymnasium unangetastet lassen und Haupt- und Realschulen zusammenfassen, unter welcher Bezeichnung auch immer. Aus einem selten gewordenen Drei-Stände-System wird eine Zwei-Stände-Schule entstehen mit dem Gymnasium als

„Königsweg“ und vorrangig angestrebte Schulform ganz oben und die andere Schule ganz unten. Solange diese Rangfolge in der Tat bestehen bleibt, lässt sich nicht von Gleichwertigkeit der Schulformen reden und wird die Selektion erhalten bleiben.

Dieser Verhinderungsstrategie von Gesamtschulen dienen alle taktischen Manöver. Nur muss die Landesregierung wissen, dass dieses Spiel, das sie zulasten von unzähligen Kindern und Jugendlichen betreibt, durchschaut ist. Sie sollte zur Kenntnis nehmen, wie viele Hoffnungen sie zerstört hat und dass nicht vergessen wird, was von Versprechungen vor der Wahl zu halten ist. Sie hat ihre Glaubwürdigkeit verspielt und damit nicht nur sich selbst, sondern dem Ansehen von Politik schlechthin geschadet. „Wenn das Bildungssystem versagt, ist das ganze Gesellschaftssystem in ihrem Bestand bedroht“. Dieses Wort Pichts von der „Bildungskatastrophe“ gilt heute wie vor vierzig Jahren. Ich fürchte, diese Landesregierung ist nicht bereit oder fähig, das zu verhindern.

Herbert Kastner

Rheinland-Pfalz

Zum Schuljahresbeginn 2008/2009 nehmen in Rheinland-Pfalz sechs weitere Gesamtschulen ihre pädagogische Arbeit auf: in Zell, Landau, Deidesheim/Wachenheim, Worms, Sprendlingen und Nieder-Olm. Damit gibt es zukünftig 25 Integrierte Gesamtschulen und mehr Möglichkeiten für Eltern, dieses Schulangebot für ihre Kinder zu wählen.

Im Rahmen der Schulstrukturreform wird an zahlreichen Standorten über die Errichtung weiterer Gesamtschulen diskutiert. Für das Schuljahr 2009/2010 sollen zehn weitere folgen (siehe Abbildung). (Bildquelle: Bildungsministerium Mainz; <http://igs.bildung-rp.de/errichtung-neuer-integrierter-gesamtschulen.html>) Die Besetzung der Planungsgruppen für die neuen Schulen ist ausgeschrieben. Sie sollen baldmöglichst nach den Sommerferien ihre vorbereitenden Arbeiten aufnehmen. Die GGG in Rheinland-Pfalz wird sich an diesen Vorbereitungen, auch mit Unterstützung der Nachbarlandesverbände, beteiligen.

Franz-Josef Bronder

Standorte neuer Integrierter Gesamtschulen in Rheinland-Pfalz in den Schuljahren 2008/09 und 2009/10

Schuljahr 2008/09

- 1 Deidesheim/Wachenheim
- 2 private Montessorischule Landau
- 3 Nieder-Olm
- 4 Sprendlingen
- 5 Worms
- 6 Zell

Schuljahr 2009/10

- 1 Contwig
- 2 Emmelshausen
- 3 Landstuhl
- 4 Morbach
- 5 Nastätten
- 6 Osthofen
- 7 Polch
- 8 Rheinzabern
- 9 Rülzheim
- 10 Wald Fischbach-Burgalben



Termine

26.09. bis 27.09.2008

LV HB, HH, NI, SH
Nordd. Kongress in der IGS Peine
www.igs-peine.de/ggg/ggg-kongress.htm

05.10. bis 11.10.2008

LV NW (fesch)
Seminar und Schulbesuch in Schweden (voraussicht. Borås)

05.10. bis 11.10.2008

LV NW (fesch)
Seminar und Schulbesuch in Finnland (voraussicht. Jyväskylä)

19.10. bis 25.10.2008

LV NW (fesch)
Seminar und Schulbesuch in Schweden (voraussicht. Borås)

19.10. bis 25.10.2008

LV NW (fesch)
Seminar und Schulbesuch in Finnland (voraussicht. Jyväskylä), findet nur bei entsprechender Nachfrage statt

Oktober 2008

LV NW (fesch)
Seminar und Schulbesuch in Norwegen (voraussicht. Risum), Termin beim fesch erfragen

11.10. bis 15.10.2008

LV Hessen
Seminar und Schulbesuch Institut Beatenberg, Schweiz (ausgebucht)

14.11. bis 15.11.2008

GGG-Bund
Arbeitstagung „Klasseninterne Differenzierung – Wie geht das?“ in der Gesamtschule Friedenstal in Herford

15.11.2008

GGG-Mitgliederversammlung in der Gesamtschule Friedenstal in Herford

30.01. bis 03.02.2009

LV Hessen
Seminar und Schulbesuch Institut Beatenberg, Schweiz (noch Plätze frei)

10.02. bis 14.02.2009

Didacta in Hannover

18.09. bis 20.09.2009

GGG-Bundeskongress in Hamburg, Max-Brauer-Schule – 40 Jahre GGG

Die Redaktion bittet die Landesverbände, Termine rechtzeitig zur Veröffentlichung bekannt zu geben!



Gemeinnützige
Gesellschaft
Gesamtschule

Gesamtschulverband

Kommentar



Von der Bundesrepublik zur Bildungsrepublik?

von Wolfgang Vogel

Dem Vortrag der Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan am 12. September 2008 auf dem 5. Ganztagschulkongress in Berlin kann natürlich nicht vorgegriffen, wohl aber können Überlegungen angestellt werden, welche Auswirkungen es bisher hatte, wenn sich die Bundesregierung mit dem Privileg der Länder, der Schulpolitik, befasst hat, und welche Visionen die Bundeskanzlerin Angela Merkel entwickeln könnte, wenn sie (laut FAZ vom 12. Juni 2008) noch vor der Veröffentlichung des nationalen Bildungsberichts durch die Kultusminister der Länder Deutschland zur „Bildungsrepublik“ ausgerufen hat.

Die Kulturhoheit der 16 Bundesländer wird als Segen – demokratische Vielfalt ohne zentralistischen Dirigismus – oder als Fluch – unstrukturiertes Durcheinander ohne erkennbares System – empfunden. Einzelheiten dazu sollen hier nicht ausgeführt, dafür der Hinweis gegeben werden, dass die Legislaturperiode einer Landesregierung in der Regel gerade ausreicht, eine Schulgesetznovelle zu entwickeln, die dann von der darauf folgenden wieder revidiert wird.

Als die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer infolge des PISA-Schocks den Ländern 4 Milliarden Euro zur Verfügung stellen wollte, um für die Kinder, die aus benachteiligten Elternhäusern kamen, Ganztagschulbetreuung zu ermöglichen, war diese

Zweckbindung einigen Bundesländern nicht genehm, sie wollten lieber Einrichtungen für die Kinder schaffen, die auf Grund der Gymnasialschulzeitverkürzung auf 8 Jahre eine erhöhte Wochenstundenzahl und damit Nachmittagsunterricht in Kauf nehmen mussten. Und es wurde diesen Ländern gewährt, sonst hätten sie das Geld nicht angenommen. Immerhin ist es aber dadurch gelungen, den Anteil von Schülerinnen und Schülern der Ganztagschule von 2002 bis 2006 von 9,8% auf 17,6% nahezu zu verdoppeln.

Welche Visionen könnte die Kanzlerin haben? Gehen wir von ihren eigenen Erfahrungen aus, z.B. ihren Schulerfahrungen. Einzelheiten wissen wir nicht, aber sie war erfolgreich. Sonst hätte sie keine glatte Eins als Abiturnote erworben, keinen Arbeitsplatz als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralinstitut für Physikalische Chemie der Akademie der Wissenschaften erhalten. Und sie wäre niemals Bundeskanzlerin geworden.

Während sie in einer Schule ohne Frühselektion lernte, beschimpften ihre späteren (und heutigen) Parteifreunde die in den westlichen Bundesländern ab 1969 gegründeten Gesamtschulen als „sozialistische Einheitsschulen“ aufs heftigste und tun es heute noch. Geradezu absurd sind die Bemühungen von CDU-Landesregierungen, gegen den Elternwillen Neugründungen von Gesamtschulen zu be- oder zu verhindern.

Es bleibt die Hoffnung, dass Angela Merkel – mit ihrer eigenen Schullaufbahn im Blick – ihren Landesfürsten nach und nach die Einsicht vermittelt, dass ein gerechtes Schulsystem niemanden benachteiligt und niemanden ausgrenzt, dass alle ein Anrecht auf Bildung und einen Abschluss haben – ohne Ansehen der Person oder der wirtschaftlichen Situation der Eltern. Das ist die Grundlage für eine demokratische Gesellschaft, aber auch für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung des Landes, an der alle zu beteiligen sind. „Wohlstand für alle heißt heute und morgen: Bildung für alle.“ (Zitat der Kanzlerin am 12.06.08 lt. FAZ) Sie bestimmt die Richtlinien der Politik, also sollte es ihr gelingen, diesen Grundkonsens im Lande zu erreichen.

Wenn das zu visionär klingt, mag abschließend ein praktischer Hinweis für Investitionen weiter helfen: Der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik stagniert. Absolut mögen die Aufwendungen gestiegen sein, aber nicht im gleichen Maße wie das gesamte BIP. Hier müssen Programme aufgelegt werden, damit die Schüler-Lehrer-Relationen in Deutschland an den OECD-Mittelwert oder gar den EU-Mittelwert von 2005 (19 Mitgliedsländer) angepasst werden: Primarstufe: 18,8 (BRD)/16,7 (OECD)/14,9 (EU-19); Sekundarbereich I: 15,5/13,7/11,9; Sekundarbereich II: 14,0/13,0/11,8 SchülerInnen pro Lehrkraft.

Mit dem Grundkonsens „Bildung für alle“ und einem höheren Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben könnten wir die ersten Schritte auf dem Weg zur Bildungsrepublik gehen. ♦